Steigende soziale Unruhe in Frankreich : Ursachen und Wirkungen

Autor(en): **Schaerf, Jacques**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **49 (1957)**

Heft 6

PDF erstellt am: **20.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-353799

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Steigende soziale Unruhe in Frankreich

Ursachen und Wirkungen

Abgesehen von begrenzten Streikaktionen, die in den letzten Monaten verschiedenen Landesteilen Frankreichs unter anderem von den Postbeamten, Metallarbeitern, städtischen Angestellten usw. ausgelöst wurden, war es auf der sozialen Front verhältnismäßig ruhig geblieben, wenn auch die Forderungen der großen Gewerkschaftsverbände, die Löhne den stark angezogenen Preisen anzugleichen, immer dringlicher wurden. Die Gewerkschaften hatten auf die Versprechungen der Regierung hin, eine Revision der Löhne und Gehälter auszuarbeiten, eine Art Stillhalteabkommen geschlossen, um nicht zuletzt dem Gouvernement zu ermöglichen, die zahlreichen außenpolitischen und wirtschaftlichen Probleme des Landes zu lösen. Es zeigte sich jedoch, daß die Regierung dazu keinesfalls in der Lage – oder gewillt, siehe Algerien – war, die Preise ständig weiter kletterten und die Kaufkraft der Massen verminderten. Als die Regierung schließlich den Eisenbahnern eine «Lohnerhöhung» von anderthalb Prozent anbot, wurde dies als eine Verhöhnung angesehen, und die Eisenbahner traten am 17. und 18. April in einen 48stündigen Generalstreik. Die Pariser Verkehrsbetriebe, die Arbeiter und Angestellten der Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke und weitere Berufsgruppen schlossen sich an. Das wirtschaftliche Leben des Landes war dadurch – der Streik wurde zu 95 Prozent befolgt – paralysiert. Diese plötzliche Explosion der Unzufriedenheit konnte nicht überraschen, ebensowenig wie die Tatsache, daß dieser Streik ein Ausgangspunkt für eine Welle von gewerkschaftlichen Forderungen wurde, die nun gegen die Regierung anbrandet. Zunächst einmal ist die soziale Agitation unter den Staatsbeamten und Angestellten, wie dieser kurze, aber wirkungsvolle Streik bewies, besonders groß. Sie warten nicht nur auf die Erfüllung der Versprechungen, die ihnen von früheren Regierungen gemacht und bisher nur zum kleinen Teil eingelöst wurden, sondern sie fordern eine stärkere Annäherung ihrer Löhne und Gehälter an die der Privatwirtschaft. Dies gilt sowohl für die Eisenbahner, von denen 200 000 monatlich unter 35 000 Franken verdienen und 60 000 unter 30 000 Franken und deren Löhne in den letzten Jahren nur etwa um die Hälfte der Prozentsätze stiegen, wie in der Privatindustrie. Auch die Postbeamten, die im März-April durch gelegentliche Arbeitsniederlegungen ihrer Unzufriedenheit Ausdruck gaben, fordern eine Erhöhung ihrer zum Teil sehr minimalen Gehälter. Auf der gleichen Linie liegen die Forderungen anderer Staatsangestellten sowie städtischer Angestellten und Arbeiter. Was die Arbeiter anbetrifft, hat die Unruhe in den letzten Wochen vor allem unter den Metallos bedeutend zugenommen. In den Schiffsbauzentren Westfrankreichs kam

es erneut zu kurzen, aber äußerst harten Arbeitskämpfen, ebenso wie in Mittelfrankreich. Die Preiserhöhungen, die seit Mitte vergangenen Jahres, in stärkerem Maße aber noch seit Jahresbeginn 1957 zunahmen, haben die Kaufkraft der Löhne bedeutend vermindert. Nach dem berüchtigten Lebenskostenindex der 213 Artikel werden die Löhne automatisch um 5 Prozent erhöht, wenn eine bestimmte Punktzahl überschritten wird. Der Regierung gelang es durch verschiedene Machenschaften, diese Punktzahl immer einige Bruchteile von Punkten unterhalb der «gefährlichen» Grenze zu halten, indem sie beispielsweise einige der 213 Artikel, die im Preise angestiegen waren, von sämtlichen Verbrauchssteuern befreite, andere mit Stoppreisen belegte usw. In der Tat wurde dieser «Lebenshaltungskostenindex» dadurch jedoch zu einem völlig künstlichen Gebilde, das keineswegs mehr der Wirklichkeit entsprach, der Regierung aber die Möglichkeit gab, jede Lohnerhöhung zurückzuweisen. Die realen Lebenshaltungskosten stiegen jedoch ständig weiter an, nicht zuletzt auf dem Gebiete der Kleidung, Haushaltswaren, Dienstleistungen, aber auch der Lebensmittel, die nicht im Index enthalten sind, aber außerordentlich wichtig, wie etwa Gemüse und Obst, zwei Artikel, die seit vergangenem Jahr im Durchschnitt um 20 Prozent anzogen. Durch die ständigen Hinhaltungen mußte die Masse der Arbeiterschaft zu gewerkschaftlichen Gegenmaßnahmen geradezu herausgefordert werden, wenn sie sich auch darüber im klaren ist, daß eine ganze Reihe sozialer Verbesserungen außerhalb des Lohnsektors vom unter sozialistischer Führung stehenden Kabinett seit Beginn vergangenen Jahres realisiert wurden. Der kurze Generalstreik der Eisenbahnen, der Pariser Verkehrsbetriebe und anderer Berufsgruppen war dabei, wie vorauszusehen, nur die erste Explosion. In der Metallindustrie beginnt es an Auseinandersetzungen zuzunehmen. In den Renaultwerken (staatlich) legten für kurze Zeit rund 80 Prozent der Arbeiter die Arbeit nieder (Zweigwerk Flins). In den ostfranzösischen Erzbergwerken traten am 26. und 27. April in acht Bergwerken die Arbeiter in den Ausstand, in den ostfranzösischen Stahlwerken streikten während der gleichen Zeitspanne rund 31 Prozent der Arbeiter, wobei je nach dem Werk die Beteiligung zwischen 10 und 100 Prozent schwankte. Weitere Arbeitskämpfe sind in Vorbereitung, wobei die Gewerkschaften vor allem bemüht sind, die Metallarbeiter des Pariser Industriebeckens als «Stoßtrupp» einzusetzen, um allgemeine Lohnerhöhungen in dieser Branche zu erkämpfen, was traditionsgemäß Forderungen der anderen Industriezweige nach sich zieht. Die Forderungen der großen Gewerkschaftsverbände gehen dabei nur gering auseinander. Verlangt werden allgemeine Lohnerhöhungen, um die steigenden Preise aufzufangen, Abbau der Arbeitszeit auf die legale 40-Stunden-Woche bei gleichbleibendem Lohn und Revidierung des Lebenshaltungskostenindex, um diesen den tatsächlichen Gegebenheiten anzupassen und zu ver-

meiden, daß in Zukunft durch Staatsmaßnahmen – die aus dem großen Steuertopf kommen, kostete die Unter-der-gefährlichen-Grenze-Haltung doch dem Staat bisher 80 Milliarden Franken an Zuschüssen bezw. Steuerausfall — eine weitere Verfälschung der tatsächlichen Lebenshaltungskosten möglich ist, und damit eine Zurückweisung von entsprechenden Lohnerhöhungen, die nach dem Preisanstieg fällig wären.

Bei einer Gesamtbetrachtung der gegenwärtigen sozialen Agitation in Frankreich ist hervorzuheben, daß es sich bei den gegenwärtigen Arbeitsniederlegungen, auch dem 48stündigen Generalstreik der Eisenbahner, lediglich um «Vorpostengeplänkel» handelt und daß täglich mit weit größeren und weitgehenderen Auseinandersetzungen zu rechnen ist, wenn die Mindestforderungen der Gewerkschaften nicht erfüllt werden. Die Geduld der Werktätigen ist heute am Ende, diese sind nicht in der Lage, weiterhin die Kosten einer verfehlten Kolonialpolitik zu tragen, die die Wirtschaft des Landes langsam dem Ruin entgegenführt. Harte Auseinandersetzungen stehen bevor, zumal neue Steuererhöhungen in Aussicht stehen, die die Preise zweifellos weiter in die Höhe treiben werden. Die nächsten Wochen dürften nach dem Auftakt des 17. und 18. April und den jetzt ständig wie eine Lawine zunehmenden Forderungen aus allen Industriezweigen zu Arbeitsniederlegungen in einem Ausmaß führen, die dem des großen August-Streiks im Jahre 1953 entspricht. Die Stimmung unter den Massen ist heute für eine Auseinandersetzung großen Stiles bereit, wenn die Regierung nicht die Mindestforderungen in absehbarer Zeit erfüllt, werden die Folgen für die Wirtschaft bedeutend sein, wobei dann jedoch nicht den Arbeitnehmern, die seit Monaten vertrauensvoll auf eine Besserung ihrer Lage gewartet haben, die Schuld zugeschoben werden kann.

Dr. Jacques Schaerf, Paris

Die Gewerkschaften von Gibraltar — ein Vorposten der Demokratie

In Europa gibt es «nur noch» drei Kolonien, und sie alle sind in britischer Verwaltung: *Zypern,* eine Insel, deren Schicksal die ganze Welt in Atem hält, *Malta,* die Mittelmeerinsel, die ihrem Wunsche entsprechend vollberechtigtes Glied Großbritanniens werden soll, und schließlich *Gibraltar* an der Südspitze von Spanien. Von Gibraltar hört man am allerwenigsten – «Verfassungen werden nur denen angeboten, die Bomben werfen», sagte uns der Generalsekretär des Gewerkschaftsbundes von Gibraltar mit einiger Bitterkeit –, aber seine Probleme sind, gerade weil sie einzigartig sind, von ganz besonderem Interesse. Obwohl Gibraltar noch eine Kolonie ist und